

„SCHÜTZEN SIE UNS VOR EINER SOLCHEN POLIZEI“

Offener Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Bochum, Herrn Thomas Eiskirch und an die Ministerpräsidentin des Landes NRW, Frau Hannelore Kraft

Bochum, 20.8.2016

Sehr geehrter Herr Eiskirch, sehr geehrte Frau Kraft,

wir, die unterzeichnenden Gruppen, Initiativen, Vereine, Organisationen und Einzelpersonen, engagieren uns seit vielen Jahren in Bochum und Umgebung gegen Rassismus und Neofaschismus in all seinen Spielarten und für ein solidarisches, respektvolles und vielfältiges Miteinander in dieser Stadt.

Dieses Engagement hat auch wesentlich zur erfolgreichen Menschenkette gegen Rassismus in Bochum am 18. Juni d.J. beigetragen, an der über 8.500 Menschen beteiligt waren, mehr als in allen anderen Städten Deutschlands.

Gerne verweisen verantwortliche Politiker*innen in Stadt und Land auf diese Aktivitäten als Ausdruck einer demokratischen, couragierten und wachen Zivilgesellschaft und schmücken sich damit.

Seit einiger Zeit sehen wir dieses Engagement und diese Zivilcourage ernsthaft bedroht. Nicht durch neonazistische und rechte Organisationen, daran sind wir gewöhnt, sondern durch die Polizeiführung dieser Stadt und dieses Bundeslandes, für die wir offensichtlich ein zu bekämpfendes Ärgernis darstellen.

Wir schließen dieses aus den massiven Einschüchterungsversuchen und dem martialischen Auftreten der Polizei bei antifaschistischen und antirassistischen Kundgebungen oder Gegendemonstrationen in den vergangenen Monaten.

Erschreckender Höhepunkt dieser Polizeistrategie war ein gewalttätiger Angriff der Polizei auf friedlich beieinanderstehenden Bürger*innen im Anschluss an eine Daskut-Kundgebung (Deutschland asylfreie Schulen, Kindergärten und Turnhallen, ein Pegida-Hogesa-proNRW-Ableger) am 19.6. in Bochum.

Wir haben in Bochum Erfahrung mit den Auftritten solch rechter Kleingruppen, es ist dabei noch nie zu Ausschreitungen gekommen. Diesmal fiel bereits vor Beginn der Kundgebung ein ungewöhnlich großes Polizeiaufgebot einschließlich Reiterstaffel auf. Während der Kundgebung mit ca. 10 Daskut-Gefolgsleuten und etwa 100, die dagegen protestierten, getrennt durch Absperrgitter und Polizeibeamt*innen, blieb auch diesmal alles friedlich. Das Einzige, was Absperrgitter und Polizeibeamt*innen überwand, waren Sprechchöre und Pfiffe.

Dennoch begann die Polizei gegen Ende der Kundgebung demonstrativ und ohne Anlass, die protestierenden Bürger*innen zu filmen, was gesetzlich untersagt ist. Die gefilmten Bürger*innen erlebten dies als gezielte Provokation, blieben jedoch weiterhin friedlich.

Nach Abschluss der Kundgebung, nachdem das Daskutgrüppchen bereits den Husemannplatz verlassen hatte, standen viele BürgerInnen noch entspannt beisammen. Viele von ihnen wollten anschließend an der Kundgebung 'Flüchtlinge willkommen' auf dem Dr. Ruer – Platz teilnehmen.

Plötzlich und völlig unerwartet startete die Polizei einen massiven Angriff auf die friedlich dastehenden Menschen. Dabei fielen einige Polizeibeamte durch extreme Gewalttätigkeit auf, die nicht von der Einsatzleitung gestoppt worden ist. Ein Bürger musste anschließend verletzt ins Krankenhaus gebracht werden, gegen einen Polizeibeamten wurde aufgrund seiner Gewalttätigkeit noch vor Ort Anzeige erstattet.

Im Anschluss daran trat die Polizei so aggressiv und einschüchternd auf dem Dr. Ruer – Platz auf, dass die Veranstalter*innen sich gezwungen sahen, ihre Kundgebung abzusagen, da sie für die Sicherheit der Teilnehmenden nicht garantieren konnten und insbesondere die vielen anwesenden Geflüchteten nicht gefährden wollten.

Wir stellen also fest: Mit riesigem Polizeiaufgebot wird das Demonstrationsrecht einer rechten Gruppierung geschützt, anschließend wird die selbe Polizei zur Bedrohung einer Kundgebung zur Unterstützung von Flüchtlingen und setzt damit aktiv das Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit außer Kraft.

Das gezielte Vorgehen der Polizei hatte nichts mit einer akuten 'Eskalation der Situation' zu tun, es war eindeutig geplant. Für dieses Vorgehen sind Führungsstäbe und Einsatzleitungen der Polizei verantwortlich. Manchen Polizeibeamten war ein deutliches Unbehagen an diesem Vorgehen anzusehen.

Wir können über die Ziele einer solchen Polizeistrategie nur Vermutungen anstellen. Aufgrund unserer Beobachtungen müssen wir jedoch annehmen, dass eines der Ziele die planmäßige und gezielte Einschüchterung aktiver und engagierter - insbesondere jüngerer- Antifaschist*innen und Antirassist*innen ist.

Wenn die verantwortlichen Politiker*innen in unserer Stadt und in NRW die Polizeiführung weiterhin in diesem Sinne gewähren lassen, dürfen sie sich zukünftig nicht über mangelndes politisches und demokratisch-zivilgesellschaftliches Interesse und Engagement beklagen.

Daher fordern wir Sie als Verantwortliche dieser Stadt und dieses Bundeslandes auf: Schützen Sie uns vor einer solchen Polizei!
Zeigen Sie politische Stärke und politisches Handeln gegen eine Polizeistrategie, die Zivilcourage, solidarisches Engagement und aktiven Antifaschismus einschüchtern und schwächen will!

Uli Borchers
für
Bochumer „Bündnis gegen Rechts“

Unterstützt wird der „Offene Brief“ von diesen Organisationen und Einzelpersonen:

-DKP Bochum, Medizinische Flüchtlingshilfe,MLPD, rebell, VVN-BdA, DFG-VK, Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Bochum, Grüne und Alternative StudentInnen Bochum, Soziale Liste, BoFo e.V. Ruhr, DIE LINKE im Rat, GEW Bochum, Kinder und Jugendring Bochum, Theater Traumbaum, Labournet Germany, Radio El Zapote, Compania Bataclan, BDkJ Bochum und Wattenscheid, Grüne Jugend, Friedensplenum, Frauenverband Courage.

Dr.med. Helmi Schneider, Carola Horn, Gabi Beleke, Wolfgang Dominik, Anne Mayer, Helene Bouich-K., Mag Wompe, Andreas Stiewe, Ulrike Nefferdorf, Michael Niggemann, Dagmar Wolf, Hanna Drolshagen, Birgit Landgraf.